Rede Adolf Hitlers vom 30. Januar 1939

Auszug aus: Max Domarus, Hitler - Reden und Proklamationen 1932-1945, S. 1058.

"Zu den Vorwürfen, die in den sogenannten Demokratien gegen Deutschland erhoben werden, gehört auch der, das nationalsozialistische Deutschland sei ein religionsfeindlicher Staat. Ich möchte dazu vor dem ganzen deutschen Volk folgende feierliche Erklärung abgeben:

1. In Deutschland ist niemand wegen seiner religiösen Einstellung bisher verfolgt worden, noch wird deshalb jemand verfolgt werden.

2. Der nationalsozialistische Staat hat seit dem 30. Januar 1933 an öffentlichen Steuererträgnissen durch seine Staatsorgane folgende Summen den beiden Kirchen zur Verfügung gestellt:

im Rechnungsjahr 1933: 130 Millionen RM,
im Rechnungsjahr 1934: 170 Millionen RM,
im Rechnungsjahr 1935: 250 Millionen RM,
im Rechnungsjahr 1936: 320 Millionen RM,
im Rechnungsjahr 1937: 400 Millionen RM,
im Rechnungsjahr 1938: 500 Millionen RM.

Dazu noch jährlich rund 85 Millionen Reichsmark aus Zuschüssen der Länder und rund 7 Millionen Reichsmark aus Zuschüssen der Gemeinden und Gemeindeverbände.

öö



"Mutter Maria", Ölgemälde
1913 geschaffen von... Adolf Hitler.

Dies ist nicht gerade die Art Kunstwerk, die man von einem "Feind der Religion" erwarten würde!
Entnommen dem Buch "Adolf Hitler als Maler und Zeichner. Ein Werkkatalog der Ölgemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Architekturskizzen", Hg. Billy F. Price, Amber-Verlag, 1983, S. 65.

öö

A.Hitler:

Abgesehen davon sind die Kirchen der größte Grundeigentümer nach dem Staate.
Der Wert ihres land- und forstwirtschaftlichen Besitzes übersteigt einen Betrag von rund 10 Milliarden Reichsmark.
Die Einkünfte aus diesem Grundbesitz sind auf über 300 Millionen jährlich zu schätzen.

Dazu kommen noch die zahllosen Schenkungen, testamentarischen Übereignungen und vor allem die Ergebnisse ihrer Kirchensammlungen.
Ebenso ist die Kirche im nationalsozialistischen Staat auf verschiedenen Gebieten steuerbegünstigt und besitzt für Schenkungen, Vermächtnisse usw. die Steuerfreiheit.

Es ist daher - gelinde gesagt - eine Unverschämtheit, wenn besonders ausländische Politiker sich unterstehen, von Religionsfeindlichkeit im Dritten Reich zu reden.

Wenn aber wirklich die deutschen Kirchen diese Lage für sie als unerträglich ansehen sollten, dann ist der nationalsozialistische Staat jederzeit bereit, eine klare Trennung von Kirche und Staat vorzunehmen, wie dies in Frankreich, Amerika und anderen Ländern der Fall ist.

Ich möchte mir nun die Frage erlauben: Welche Beträge haben im selben Zeitraum Frankreich, England oder [die] USA an ihre Kirchen durch den Staat aus öffentlichen Mitteln abgeliefert?

öö



Für diese Art Bekenntnis auch der volksdeutschen Kirchen gab es gute Gründe.
Banner an einer Kirche im Sudetenland, 1938:
"Gott schütze Adolf Hitler"!
Foto: Bundesarchiv Koblenz

öö

3. Der nationalsozialistische Staat hat weder eine Kirche geschlossen, noch einen Gottesdienst verhindert, noch je einen Einfluß auf die Gestalt eines Gottesdienstes genommen.

Er hat weder auf die Lehre noch auf das Bekenntnis irgendeiner Konfession eingewirkt. Im nationalsozialistischen Staat kann jeder nach seiner Fasson selig werden.

Allerdings: Der nationalsozialistische Staat wird aber Priestern, die, statt Diener Gottes zu sein, **ihre Mission in der Beschimpfung unseres heutigen Reiches, seiner Einrichtungen oder seiner führenden Köpfe sehen wollen,** unnachsichtig zum Bewußtsein bringen, daß eine Zerstörung dieses Staates von niemandem geduldet wird, und daß Priester, sobald sie sich außerhalb des Gesetzes stellen, vom Gesetz genau so zur Rechenschaft gezogen werden **wie jeder andere deutsche Staatsbürger auch.**

Es muß aber hier festgestellt werden, daß es zehntausende und zehntausende Priester aller christlichen Konfessionen gibt, die ihren kirchlichen Pflichten genau so oder wahrscheinlich besser genügen als die politischen Hetzer, ohne daß sie jemals mit den staatlichen Gesetzen in einen Konflikt geraten sind.
Diese zu schützen, sieht der Staat als seine Aufgabe an.
Die Staatsfeinde zu vernichten, ist seine Pflicht.

4. Der nationalsozialistische Staat ist **weder prüde noch verlogen.**
Allein es gibt bestimmte Moralgrundsätze, deren Einhaltung im Interesse der biologischen Gesundheit eines Volkes liegt, an denen wir daher auch nicht rütteln lassen.
Päderastie oder Verfehlungen an Kindern werden in diesem Staate gesetzlich bestraft, ganz gleich, wer diese Verbrechen begeht.

Als sich vor fünf Jahren führende Köpfe der nationalsozialistischen Partei dieser Verbrechen schuldig machten, wurden sie erschossen.
Wenn andere Personen des öffentlichen oder privaten Lebens oder auch Priester die gleichen Delikte begehen, werden sie nach dem Gesetz mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft.
Verfehlungen von Priestern gegen ihre sonstigen Gelübde der Keuschheit usw. interessieren uns gar nicht.
Es ist auch noch nie ein Wort in unserer Presse darüber erschienen.

Im übrigen hat dieser Staat nur einmal in die innere Ordnung der Kirchen eingegriffen, nämlich, als ich selbst es versuchte, 1933 die ohnmächtig zersplitterten protestantischen Landeskirchen in Deutschland zu einer großen und machtvollen evangelischen Reichskirche zusammenzufassen.
Dies scheiterte am Widerstand einzelner Landesbischöfe.
Damit ist dieser Versuch auch aufgegeben worden; denn es ist ja letzten Endes nicht unsere Aufgabe, die evangelische Kirche mit Gewalt gegen ihre eigenen Träger zu verteidigen oder gar zu stärken.

Wenn nun das Ausland und in Sonderheit gewisse demokratische Staatsmänner so sehr für einzelne deutsche Priester eintreten, dann kann dies nur einen politischen Grund besitzen.
Denn dieselben Staatsmänner schwiegen still, als in Rußland Hunderttausende von Priestern niedergemetzelt oder verbrannt worden waren.
Sie schwiegen still, als in Spanien Zehntausende von Priestern und Nonnen in viehischster Weise abgeschlachtet oder bei lebendem Leibe dem Feuer übergeben wurden.

Sie konnten diese Tatsachen nicht bestreiten, aber sie schwiegen und schweigen still, während - ich muß dies den demokratischen Staatsmännern vorhalten - auf diese Metzeleien hin sich zahlreiche nationalsozialistische und faschistische Freiwillige dem General

Franco zur Verfügung stellten, um eine weitere Ausdehnung dieses bolschewistischen Blutrausches über Europa und damit über den Großteil der gesitteten Menschheit verhindern zu helfen. [...]

Denn die Sorge um die europäische Kultur und um die wirkliche Zivilisation war es, die Deutschland Partei ergreifen ließ in diesem Kampfe des nationalen Spaniens gegen seine bolschewistischen Zerstörer.
Es ist ein trauriges Zeichen für die Mentalität in verschiedenen Ländern, daß man sich dort ein Handeln aus so uneigennützigen Beweggründen überhaupt nicht vorstellen kann.

Allein, das nationalsozialistische Deutschland hat an der Erhebung des General Franco nur aus dem heißen Wunsch heraus teilgenommen, daß es ihm gelingen möge, sein Land von einer Gefahr zu erretten, der Deutschland selbst einmal beinahe erlegen wäre.

Die Sympathie oder das Mitleid für verfolgte Gottesdiener kann es also nicht sein, was das Interesse der demokratischen Staatsbürger an einzelnen in Deutschland mit dem Gesetz in Konflikt geratenen Priestern mobilisiert, sondern es ist das Interesse am deutschen Staatsfeind.

Hier aber mag man eines zur Kenntnis nehmen: Den deutschen Priester als Diener Gottes werden wir beschützen, den Priester als politischen Feind des Deutschen Reiches werden wir vernichten.

Wir glauben damit am ehesten einer Entwicklung vorzubeugen, die - wie die Erfahrung in Spanien zeigt - ansonst nur zu leicht einmal zu einer Abwehr von unabsehbarem Ausmaß führen müßte.

Ich möchte dazu noch grundsätzlich folgendes erklären:

Es scheint im Ausland in gewissen Kreisen die Meinung zu bestehen, daß die besonders laute Bekundung einer Sympathie für Elemente, die in Deutschland mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, eine Erleichterung ihrer Situation mit sich bringen könnte.
Vielleicht hat man die Hoffnung, durch gewisse publizistische Methoden auf die deutsche Staatsführung in diesem Sinne einen terroristischen Einfluß ausüben zu können.
Die Meinung beruht auf einem kapitalen Irrtum.

In der Unterstützung gewisser gegen den Staat gerichteter Unternehmen durch das Ausland ersehen wir die letzte Bestätigung ihres hochverräterischen Charakters!

Denn die bloße Opposition gegen ein Regime hat diesem demokratischen Ausland noch nie Sympathie abgenötigt. Auch nicht die Verfolgung oder Bestrafung eines solchen politischen Übeltäters.
Denn wann gab es in Deutschland eine stärkere Opposition als die nationalsozialistische? Nie wurde eine Opposition mit gemeineren Mitteln unterdrückt, verfolgt und gehetzt als die der nationalsozialistischen Partei.
Allein zu unserer Ehre dürfen wir feststellen, daß wir deshalb noch niemals des Mitleids oder gar der Unterstützung einer solchen ausländischen Macht teilhaftig geworden sind.

Diese Unterstützung scheint also nur für jene bestimmt zu sein, die das Deutsche Reich zu zerstören beabsichtigen. Wir werden aus diesem Grund in ihr in jedem einzelnen Fall nur den zwingenden Anlaß zu einer Verschärfung unserer Maßnahmen sehen [...]."